

Calwer Tagblatt

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

CALWER ZEITUNG

DONNERSTAG, 15. JANUAR 1953

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

9. JAHRGANG / NR. 11

Kabinettt Mayer will rasch die Zusatzprotokolle aushandeln

Ziel: Verfügungsmacht über die französische Armee / Bonn „befriedigt“

PARIS. Das französische Kabinettt Mayer hat am Mittwoch beschlossen, möglichst bald mit den Ländern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft über Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag neue Verhandlungen einzuleiten. Wie ein Regierungssprecher erklärte, sollen der EVG-Vertrag und der Generalvertrag dem Parlament vorgelegt werden, sobald das Kabinettt seine Begleitklärung verabschiedet hat, die die Verträge erläutert. Frankreich wird die neuen Verhandlungen führen, während die Parlamentsausschüsse die Texte der Verträge prüfen.

Der Ministerpräsident wies vor der britisch-amerikanischen Presse in Paris darauf hin, daß einige Klauseln des EVG-Vertrags durch Zusatzprotokolle „gekürzt“ werden müßten, um die Zustimmung des Parlaments zur Ratifizierung unter „zufriedenstellenden Bedingungen“ zu erlangen. Es handle sich besonders um Klauseln, die überflüssige Hindernisse errichteten, falls Frankreich es für erforderlich ansieht, seine Truppen außerhalb des Mutterlandes einzusetzen.

In Kreisen der Bundesregierung wurde am Mittwochabend Befriedigung über die Rede des neuen französischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht. Die Rede habe die Ansicht der Bundesregierung bestätigt, so erklärte man, daß sich Mayer nicht vom Prinzip der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft lösen werde. Die Aussprache Mayers sei ein Bekenntnis zu den Verträgen, „so, wie sie unterzeichnet wurden“.

Herriot wiedergewählt

PARIS. Der Radikalsozialist Edouard Herriot ist am Mittwoch abermals zum Präsidenten der französischen Nationalversammlung gewählt worden. Er hat damit die schärfste Krise seiner politischen Karriere erfolgreich bestanden. Der 80jährige, der seit fast 10 Jahren das Amt des Präsidenten innehat, siegte erst im dritten Wahlgang mit einer Mehrheit von 77 Stimmen gegen seinen überraschend aufgetauchten Konkurrenten, den unabhängigen Abgeordneten Jacques Pourcade.

Sicherungen gegen Kommunismus

Dulles kommt noch im Januar nach Europa / Kabinettt Eisenhower arbeitet

NEW YORK. Der künftige amerikanische Präsident Eisenhower hat die Chefs des Verteidigungsministeriums, des Außenministeriums und des Amtes für gemeinsame Sicherheit in seinem neuen Kabinettt am Mittwoch zu einer Konferenz zusammengerufen, auf der Sicherungsmaßnahmen gegen den Kommunismus erörtert wurden.

An der Konferenz nahmen der künftige Verteidigungsminister Wilson, Außenminister Dulles, der Staatssekretär im Außenministerium, General Smith, und der Leiter der MSA, Stassen, teil. Die Konferenz wurde einberufen, nachdem Eisenhower beschlossen hatte, Dulles und Stassen Ende Januar nach Europa zu entsenden, um sich über alle mit der Atlantikpaktorganisation

und der Auslandshilfe zusammenhängenden Fragen zu informieren.

Dulles hatte später auf einer Pressekonferenz erklärt, er werde alle Länder besuchen, die ihn einladen würden. Aus Bonn verlautete hierzu, er werde an einer Einladung der Bundesrepublik nicht fehlen.

Unterdessen wurde in Washington bekannt, daß Dulles, offenbar um eine gemeinsame Außenpolitik der beiden großen amerikanischen Parteien zu fördern, vorgeschlagen hat, die Koreafrage und andere Probleme mit dem außenpolitischen Ausschuß des Senats kurz nach seinem Amtsantritt zu besprechen. Der Ausschuß ist bereits am Mittwoch zusammengetreten, um die Fragen zu formulieren, die man Dulles wie auch Stassen nach ihrem Amtsantritt stellen will.

Europarat befaßt sich mit EPG

Brentano erläutert vor Beratender Versammlung noch einmal die Grundsätze

STRASSBURG. Der deutsche Delegierte Dr. v. Brentano erläuterte am Mittwoch vor der Beratenden Versammlung des Europarats, die in Straßburg zu einer viertägigen Sonder-sitzung zusammengetreten ist, den Entwurf für die erste europäische Verfassung. Er betonte, der Zusammenschluß von zunächst nur sechs der 14 Europastaaten sei keine Absonderung, sondern der Beginn einer stärkeren Integration.

Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Europäischen Sonderversammlung faßte Dr. v. Brentano noch einmal die Hauptpunkte des Entwurfs zusammen: Schaffung einer übernationalen demokratischen Regierung für Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Luxemburg und die deutsche Bundesrepublik, und Bildung eines gemeinsamen Zweikam-

mer-Parlaments, das dann die Regierung — den Exekutivrat — wählt, die zunächst wirtschaftliche, verteidigungspolitische und noch genauer zu definierende außenpolitische Machtbefugnisse haben soll.

Dr. v. Brentano nannte als Grundsätze für die geplante EVG: Nur eine Gemeinschaft, eine Exekutive, ein Parlament, ein Ministerrat und ein Gerichtshof. Er wandte sich gegen die Befürchtungen, daß durch allgemeine direkte Wahlen „destruktive Elemente“ in die Völkerkammer eindringen könnten. Diese Gefahr könne durch ein entsprechendes Wahlgesetz ausgeschaltet werden.

Verfassungsdebatte ohne SPD

STRASSBURG. Die SPD-Delegierten wollen sich an der Debatte im Europarat über den Verfassungsentwurf der Sonderversammlung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht beteiligen. Die Gründe dafür sollen in einer Erklärung dargelegt werden, die voraussichtlich am Freitag vor dem Europarat abgegeben wird.

Tito wird Staatspräsident

Eine Folge der neuen Verfassung

BELGRAD. Marschall Tito wurde am Mittwochvormittag vom jugoslawischen Parlament mit 568 gegen eine Stimme zum ersten Staatspräsidenten der jugoslawischen Republik gewählt. Die Nachricht wurde von über 100 000 Menschen in den Straßen Belgrads mit frenetischem Beifall aufgenommen. Die Armee schoß einen Salut von 21 Schuß. Als Tito nach der Wahl das Parlament wieder betrat, bereiteten ihm die Abgeordneten stürmische Ovationen. Tito wurde sofort auf sein Amt vereidigt und erklärte, die Regierung werde in Zukunft durch Recht und Gesetz und nicht auf dem Verwaltungswege regieren.

Das Amt des Staatspräsidenten wurde durch die neue, am Dienstag angenommene Verfassung geschaffen. Bisher hatte Tito den Titel eines Ministerpräsidenten geführt. Die neue Verfassung sieht vor, daß sich das Parlament in Zukunft aus zwei Kammern zusammensetzt: dem Völkerat, dessen Mitglieder von der gesamten Bevölkerung gewählt wurden, und dem Produzentenrat, dessen Abgeordnete von



Eine Höchstgeschwindigkeit von rund 1000 kmstd. erreicht das neue amerikanische „Fury“-Kampfflugzeug F2, das unser Bild beim Start vom Deck des Flugzeugträgers „Coral Sea“ zeigt. Die Maschine ist mit vier 20-mm-Kanonen ausgerüstet und hat nach hinten gezogene Tragflächen.

Die Rede des Ministerpräsidenten

E.M. Die Rede, die Ministerpräsident Dr. Maier am Dienstag vor der Tübinger Studentenschaft gehalten hat, war Bekenntnis und Bericht. Sie ging das ganze Volk an, denn sie handelte von dem Mittum eines jeden zur Schaffung dessen, was aufgetragen und geblieben ist: die Demokratie. Der Staatschef sprach wie immer nicht bloß mit klügelndem Verstand, sondern aus der Überzeugung des Herzens. Und auch aus der Erfahrung eines Parteiangehörigen und Württembergers, der noch in Königs Zeiten mündig wurde, der das reifende Hören und Zuhören gelernt hatte, bevor er in die politische Arena trat. Man mag seinen Aufstieg und seine Zähigkeit beurteilen, wie man will, aber an allen Wendepunkten trat er überraschend und mit eigenen Konzeptionen auf und sein Eigensinn hätte einem Uhlant gefallen, mit dem er die Nüchternheit und das Schweigen, wenn es notwendig ist, gemein hat. Heute ist der alte Herr für uns die Verkörperung eines nur für den Württemberger ganz zu begreifenden Stückes von demokratischem Willen, das sich seine eigene Tradition geschaffen hat. Die Hauptstadt Stuttgart weiß, was sie an ihm hat. Die zweite Residenzstadt Alt-Württembergs, von der im wesentlichen die demokratische Opposition in den Zeiten des Absolutismus ausging, hat mit Maier seit 1945 manchen Strauß ausgefochten, aber sie hat auch ihren Beitrag zur Verständigung geleistet. Diejenigen, die in der Aula gehofft hatten, scharren zu können, kamen nicht zum Zug. Der Ministerpräsident hat sie überlegen in seinen Bann gezwungen.

Der Leitsatz seiner Rede: „Die Demokratie ist die schwierigste Staatsform, die Dienst an ihr der schwerste Dienst... Sie ist nicht zur Freude des Bürgers geschaffen und auch der Staat selbst wird in ihr immer wieder in die Enge getrieben“, umgreift Gefahr und Größe, in der Bürger und Regierung stets schweben, wenn sie wissen, daß alle Gewalt vom Volk selbst ausgeht und daß dessen Repräsentanten, ob sie wollen oder nicht, stets in Widerstreit mit dem Willen des ganzen Volkes geraten. Und diesem Widerstreit gilt es standzuhalten. Es gilt ihn auszuhalten, damit Demokratie bleibt, was sie ist, die Herrschaft der

Mehrheit unter Duldung der Minderheit, ein moralisches Positivum der größtmöglichen staatlichen Freiheit und Unabhängigkeit.

Maier zeigte nur wieder einmal auf den wunden Punkt, wenn er feststellte, daß wir erst ein demokratischer Staat werden wollen und noch weit entfernt davon sind, einer zu sein. Geschelte Schwaben an wichtigen Stellen geschieht zu zitiieren, das kann der Ministerpräsident, und die staatliche Situation des ganzen Deutschland von heute kann nicht deutlicher als mit dem Hegelwort beleuchtet werden: „Deutschland ist der gesetzliche Widerspruch, daß ein Staat sein soll und nicht ist.“ Die Motive hierfür, warum das so ist, kennt man in Moskau, Washington, Paris und London. Und im Widerspruch zu der Politik der Fremden ruft der Ministerpräsident — und niemand gibt es, der hier nicht mit ihm übereinstimmt — uns zu: „Von der demokratischen Widerstandskraft aller Deutschen hängt es ab, ob wir wieder zu Deutschland kommen, ob uns das deutsche Vaterland wiedergeschickt wird oder ob es uns endgültig verloren geht.“ Wohlverstanden: demokratischer Widerstand heißt hier freies und freiwilliges Handeln und nicht Diktatur, denn die ist der Demokratie ärgster Feind, die in der jüngsten Geschichte unseres Vaterlandes zweimal zur Katastrophe geführt hat. Die Diktatur lauert links und lauert rechts. Nur in der Mitte ist das Maximum an Freiheit, das Minimum an Zwang. Haß, Vergewaltigung.

Wenn wir mit den Extremen nicht fertig werden, dann werden sie mit uns — tödlich sicher — fertig. Maier ist auch überzeugt, daß die Demokratie, um ein württembergisches Beispiel aus dem vorigen Jahrhundert anzuführen, weder mit Soldaten erledigt noch im Grundbau mit ihnen geschaffen werden kann. Das einzige und einzige Vaterland, fast möchten wir sagen, das unteilbare ist „das Ziel zähen, unermüdeten Wirkens aller Bürger“ und „die Tugend eines besiegten Volkes ist nicht die rasche, ungestüme Mannestat. Seine Tugend ist die Geduld. Die Demokratie erzieht zur Geduld, erbringt aber schließlich den Erfolg.“ Der Ministerpräsident selbst ist ein Meister der zähen Geduld.

In diesem Zusammenhang sagt Dr. Maier auch ein schönes Wort gegen die „Vermassung“. Demokratie hat es mit Menschen, mit Persönlichkeiten und nicht mit „men of crowds“, mit „Gedrängemassen“, zu tun. Masse ist ein Leitwort der Diktaturen, wer „Masse“ sagt, leugnet Stand, Beruf, Gesellschaftsschicht und damit die Säulen aller staatlichen Ordnung. Jeglicher Tendenz zur Vermassung ist schärfstens Widerstand zu leisten. Nur wenn unsere Demokratie das Individuum hoch schätzt, kann sie vernünftige Sozialpolitik machen und bleibende Leistungen vollbringen, kann sie bei jedem Bürger an die Schillerische „Würde des Menschen“ appellieren. Ja, mehr noch, erst die Demokratie sieht die Not des unter das Existenzminimum gesunkenen Menschen richtig und sie kann Gleichheit und Freiheit aller verbürgen, in dem sie allen zu essen und zu wohnen gibt, allen Recht auf Arbeit als unantastbaren Grundsatz hochhält. Auch in der Sozialpolitik stehen wir in Deutschland erst am Anfang. Vieles hat seit 1945 die unverwundliche Volkskraft schon getan, das meiste aber steht uns erst noch bevor. Die schwere Bewährungsprobe kommt. Sie kommt — findet sie ein zartes und felges Geschlecht?

Adenauer — Ollenhauer

Zweites Treffen nächste Woche

Hf. BONN. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in einem kurzen Schreiben den Brief des SPD-Vorsitzenden vom 7. Januar bestätigt und erklärt, daß er in Kürze darauf zurückkommen werde. Er schlage eine neue Besprechung in der nächsten Woche vor. Wenn auch Ollenhauer erst heute von Straßburg nach Bonn zurückkehren wird, so wurde von zuständiger sozialdemokratischer Seite doch bereits erklärt, daß damit zu rechnen ist, daß Ollenhauer den vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Termin annehmen wird, so daß die zweite Zusammenkunft in der kommenden Woche stattfinden kann.

Kanzler lädt Dr. Maier ein

Diskussion der Außenpolitik

STUTTGART. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am Mittwoch den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und derzeitigen Bundesratsvorsitzenden, Dr. Reinhold Maier, telefonisch zu einer Besprechung über die schwebenden außenpolitischen Fragen eingeladen. Die Aussprache an der voraussichtlich auch der Vorsitzende des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der bayrische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, teilnehmen wird, soll am 22. Januar in Bonn stattfinden.

den Produzenten, den Arbeitern und Bauern, bestimmt werden. Das Parlament muß jetzt noch ein Wahlgesetz verabschieden bevor — wahrscheinlich im Mai — Neuwahlen stattfinden können.

Truman verteidigt Auslandshilfe

Gegen eine plötzliche Verminderung

WASHINGTON. In seiner letzten Wirtschaftsbotschaft an den USA-Kongreß sprach sich Präsident Truman am Mittwoch mit Nachdruck gegen eine plötzliche oder verfrühte Verminderung der amerikanischen Wirtschaftshilfe und Militärhilfe aus. Sonst würden die Grundlagen für den Handel untergraben werden.

Truman bezeichnete den Handel und die Auslandshilfe als Mittel zur Sicherung des Wohlstands und der Vollbeschäftigung in den USA und der übrigen nichtkommunistischen Welt. „Der Wohlstand ist ebenso wie der Frieden unteilbar. Wenn wir in den USA die Politik der Vollbeschäftigung verfolgen, dürfen wir diese außerordentlich wichtige Wahrheit niemals außer acht lassen.“

